

## Begründung

Vor kurzem sprach ich mit einem guten Freund über politische Fragen. Gleich zu Anfang eröffnete er mir, dass er politisch eigentlich keine Ahnung habe, dass er kaum etwas wüsste und dass er nur hin und wieder einmal etwas über politische Entwicklungen aus Zeitung oder Nachrichten höre, sich aber nicht weiter damit befasse. An der Reaktion von Kollegen und Freunden im Zusammenhang mit dem Bekanntwerden meines politischen Engagements konnte ich feststellen, dass das kein Einzelfall ist. Eine sehr große Zahl von Mitbürgern scheint das Gefühl zu haben, dass sie außer einem Kreuz auf dem Wahlzettel alle vier oder fünf Jahre keinen Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können – und das führt zu Resignation und Desinteresse, weil „die da oben ja doch machen, was sie wollen“.

Nichts ist für die Demokratie schädlicher als wenn die Bürger sich von der Politik resigniert abwenden und das Gefühl haben, es werde über ihre Köpfe hinweg regiert und entschieden. Die immer weiter zurückgehende Wahlbeteiligung zeigt, dass aber genau das immer häufiger passiert. Gleichzeitig wird denjenigen, die in der Politik Verantwortung übernommen haben, unterstellt, sie würden nur ihre eigenen Interessen verfolgen. Diese Unterstellung ist weit verbreitet, trifft aber meiner Ansicht nach nicht zu. Zwar ist im politischen Alltag sehr wohl die Art des Umgangs geprägt von Parteiinteressen, Gezänk, Verleumdung und Intrigen, so zumindest wird es von der Allgemeinheit wahrgenommen, aber ich bin davon überzeugt, dass letzten Endes für die meisten politisch Engagierten die Motivation ist, sich für die Allgemeinheit einzusetzen und Positives zu bewirken.

Scheinbar kommt das aber bei der Bevölkerung nicht an. Dabei kann man da sehr gut gegensteuern, nämlich wenn man den Bürgern die Gelegenheit gibt, bei den sie unmittelbar betreffenden Fragen mitwirken und mitentscheiden zu können. Die Politik hat das auch bereits erkannt und auf den verschiedensten Ebenen Volksbegehren und Bürgerbegehren eingeführt.

Zitat aus einer Veröffentlichung über die Erfahrungen mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden in Bayern:

„Läuft der Dialog von allen Seiten gut, findet in der Stadt oder Gemeinde ein beispielhafter Meinungsbildungsprozess statt, der zukunftsweisend und befriedigend ist. Es findet eine Auseinandersetzung auf gleicher Augenhöhe statt und die Bürger können so aktiv ihr Gemeinwesen mitgestalten. Es bildet sich eine Kultur der Demokratie heraus. Diese Kultur ist geprägt von einem fairen und toleranten Dialog und der gegenseitigen Anerkennung, wobei man gemeinsam Entscheidungen für die Zukunft trifft.“ (aus: Mehr Demokratie! 15-Jahres-Bericht bayerischer Bürgerbegehren und Bürgerentscheide)

Auch der Deutsche Städtetag stellte fest, dass die breite öffentliche Debatte eines Bürgerbegehrens eine akzeptanzsteigernde Wirkung, auch und gerade für kontroverse Entscheidungen in der Kommune entfalte (Pressemeldung des Deutschen Städtetags zur Fachkonferenz „Repräsentative versus unmittelbare Demokratie in der Kommune“, 27. November 2000).

Es ist nicht nachzuvollziehen, dass Bürgerbegehren in Hessen zwar auf Landesebene und auf Gemeindeebene zugelassen sind, nicht aber auf Kreisebene. Nach einer Untersuchung in Bayern gibt es Themenschwerpunkte, bei denen die Bürger mitreden und mitentscheiden

wollen, nämlich bei Verkehrsprojekten, Wirtschaftsprojekten, Sozial- und Bildungseinrichtungen und Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen. Auch und gerade auf Kreisebene werden Entscheidungen in diesen Bereichen getroffen.

Zur Stärkung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeit sehen wir es daher als folgerichtig und notwendig an, sich für die Einführung von Bürgerbegehren auch auf Kreisebene einzusetzen. Zu verlieren haben wir dabei nichts, zu gewinnen aber viel.